



Schluss mit Kohle

Aufbruchstimmung – das ist es, was die Lausitz benötigt. **Seiten 3 und 18**

Foto: fotolia/Sonja Birkelbach

Kaufvertrag mit Pflichten

Spekulant will Kiezladen in Berlin am Donnerstag räumen. **Seite 9**

Jubeln mit Handicap

Jelena Popowa kämpft für behinderte Fußballfans. **Seite 19**

Foto: privat



neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Mittwoch, 28. Juni 2017

72. Jahrgang/Nr. 148

Bundesausgabe 1,80 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Großartige Machtmanöver

Markus Drescher über eine
Kanzlerin für Taktikfische

Großartig. Man kann von der Bundeskanzlerin Angela Merkel halten, was man will. Aber. Was die Strategin Angela Merkel abliefern, ist einfach großartig. Nicht nur, weil ihre Teflonbeschichtung bis heute tadellos hält und ihr Aussitzfleisch das von Helmut Kohl um Längen schlägt. Ihre Spielzüge bieten auch Unterhaltungsreize für Taktikfische.

Da ziehen die Grünen die Ehe für alle zum großen Wahlkampfthema hoch, machen die Zustimmung dazu zur Bedingung für mögliche Koalitionspartner. Da dackelt die SPD hinterher und erklärt dasselbe. Und alle glauben: Ha! Wir haben ein Thema für den Wahlkampf. Jetzt können wir Merkel festnageln, wenigstens bei einem Thema.

Und die Kanzlerin? Setzt sich zur Brigitte und lässt mit ein paar Sätzen während des Bürgerplausches der Opposition komplett die Luft raus. Die Ehe für alle als Wahlkampfthema, als Streitpunkt bei Koalitionsverhandlungen nach der Wahl? Nicht mit der Kanzlerin!

Und so kann sich die SPD nun aufplustern, über die Ehe für alle doch noch kurz vorm Abpfeiff im Bundestag abstimmen lassen. Eine Heldengeschichte wird daraus einfach nicht. Man ist nur so stark wie der Gegner es zulässt. Was aus den Sozialdemokraten Rebellen von Merkels Gnaden macht. Zu Schoßhündchen, die losrennen, klaffen und an Beinen hochspringen, weil sie Frauchen aus dem Handtäschchen gelassen hat.

Und der Seehofer Horst? Nur weil es gerade um Kläffer geht. Der bekommt mit Sicherheit ein paar Leckerli fürs Platz machen.

UNTEN LINKS

Früher hatten Parteien eine Mission, manche sogar eine historische. Heute erwartet man von ihnen eine **Erzählung**. Um die Spannung zu erhöhen, wird diese auch »Narrativ« genannt. Doch Parteien tun sich schon mit ihren Wahlprogrammen schwer. Erst recht mit Erzählungen – also Dichtungen, die an die Wirklichkeit anschließen, aber abweichen können. Die komische Erzählung ist ein Schwank. Das Wahlprogramm zwar irgendwie auch, aber wer im Schwanken der Partei die Komik sucht, braucht Fantasie. Möglichst so viel, um sich Martin Schulz mit einem roten Käppchen vorzustellen. Mit Schulz hat die SPD einen Märchenerzähler engagiert, der wenigstens sie selbst in Atem hält. Ihn kann man derzeit sogar in der Parteizentrale käuflich erwerben. Als Pappaufsteller, lebensgroß und »mit Rückenstütze für den Einsatz im Innenbereich«. Für 49,90 Euro ist Schulz ein Schnäppchen. Man kann ihm sogar ein rotes Käppchen aufsetzen. Dann schwankt er. Aber nur ganz leicht. *uka*

ISSN 0323-3375



FARC-Kämpfer werden zivil

UN verkünden vollständige Entwaffnung der größten kolumbianischen Guerilla



Bild der Vergangenheit: FARC-Guerillera in einer Übergangszone in Colinas, inzwischen ist die FARC entwaffnet.

Foto: AFP/Raul Arboleda

Bogotá. Aus den Waffen der FARC-Guerilleros sollen Denkmäler werden. Eingeschmolzen sollen sie als Baumaterial für Friedensmahnmale in Kolumbien, in New York am Sitz der Vereinten Nationen und in Havanna verwendet werden, dem Ort der fast vierjährigen Friedensverhandlungen. Nach über 50 Jahren des bewaffneten Kampfes hat Kolumbiens größte Rebellenorganisation alle Waffen den Vereinten Nationen übergeben. »Bis zum heutigen Tag hat die Mission alle registrierten Einzelwaffen der FARC gelagert: 7132 Waffen«, hieß es am Montag in einer Mitteilung der UN. Seit dem 27. Juni ist die FARC Geschichte.

»Die ganze Nacht über haben sie gefeiert. Es wurde getanzt, die Hausband spielte stundenlang die alten Guerillaschlager. Bier und Rum flossen in Strömen. Der Tag, an dem die bislang älteste Guerilla Lateinamerikas aufgehört zu existieren, begann für eine Handvoll Guerilleros in der Übergangszone »Comandante Román Ruiz«, wie der vorherige geendet hatte«, schreibt nd-Autor David Graaff aus der Übergangszone in Santa Lucia.

Für Dienstag war ein offizieller Festakt zur symbolischen Beendigung der Waffenabgabe im Beisein der FARC-Führung und von Präsident Juan Manuel Santos im zentralkolumbi-

anischen Mesetas geplant. Santos hatte für seine Bemühungen um ein Ende des jahrzehntelangen Konflikts 2016 den Friedensnobelpreis zugesprochen bekommen.

Seit Februar befinden sich die Kämpfer in 26 »Friedenscamps«, wo sie den Übergang in ein normales Leben und die Gründung einer Partei vorbereiten. Eigentlich hätte die Entwaffnung der Guerilla schon Ende Mai abgeschlossen sein sollen. Der Prozess verzögerte sich aber. Im kolumbianischen Konflikt starben seit 1964 mehr als 220 000 Menschen. Mit der kleineren ELN-Guerilla gibt es noch keinen Waffenstillstand. *nd/Agenturen Seite 2*

Gunst der Stunde soll zur Ehe führen

SPD will die von Angela Merkel erwogene Gewissensentscheidung umgehend im Bundestag herbeiführen

Nun soll es plötzlich ganz schnell gehen. Noch in dieser Woche könnte es zur Abstimmung des Bundestages über die »Ehe für alle« kommen. Eine Mehrheit wäre recht sicher.

Von Uwe Kalbe

30 Mal wurde eine Beratung des Themas von der Großen Koalition im Bundestag verhindert, hat Harald Petzold, der queerpolitische Sprecher der Linksfraktion mitgezählt. Doch nun scheint die gleichberechtigte Ehe für gewillte Partner, welcher sexuellen Couleur und Ausrichtung auch immer, noch in der letzten Sitzungswoche des Parlaments vor der Sommerpause plötzlich Wirklichkeit zu werden.

Die Gunst der Stunde ergibt sich dank des Schwenks der Bundeskanzlerin. Sie wünsche sich eine Diskussion, die »eher in Richtung einer Gewissensentscheidung geht«, hatte Angela Merkel

bei einer Veranstaltung am Montagabend gesagt. Die Mehrheitsverhältnisse im derzeitigen Bundestag sind klar: Mit SPD, der Opposition aus Linksfraktion und Grünen sowie Teilen auch der Union würde eine Abstimmung nach Gewissen, also ohne Fraktionszwang zugunsten der »Ehe für alle« ausgehen.

Wenn es stimmt, was gleichzeitig kolportiert wurde, dass die neue Linie mit CSU-Chef Horst Seehofer abgestimmt sei, darf der Schwenk wohl als wahlkampfaktives Manöver der Unionsspitzen gewertet werden, mit dem sie das Thema bis zur Bundestagswahl im September zu neutralisieren gedachten, nachdem die SPD wie zuvor schon FDP und Grüne die Ehe für alle zur Bedingung jeder neuen Koalition erklärt hatte. Ob Merkel damit gerechnet hat, dass SPD-Spitzenkandidat Martin Schulz schon am nächsten Tag ankündigen würde, die Frage werde noch in dieser

Woche im Bundestag zur Abstimmung gestellt? Erste Reaktionen aus den eigenen Reihen lassen ahnen, dass Merkel nun mit Groll und Widerstand der Konservativen zu rechnen hat. Ist es doch längst nicht der erste Fall, dass die CDU-Vorsitzende Merkel einen radikalen Kurswechsel ihrer Partei erzwingt – Stichworte sind Atomausstieg, Mindestlohn oder der Abschied von der Wehrpflicht. Der CSU-Abgeordnete Peter Ramsauer warnte in der »Rheinischen Post« bereits, die CDU-Führung solle sich hüten, auch noch die letzten konservativen Werte zu zerstören. Und namens der sächsischen CDU-Bundestagsabgeordneten meinte deren Landesgruppenchef Michael Kretschmer gegenüber dpa, es gebe keinen Änderungsbedarf an der geltenden Rechtslage. Diese erlaubt eingetragene Partnerschaften, aber verweigert den Betroffenen die letzte rechtliche Gleichstellung mit Eheleuten.

SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann machte am Dienstag klar, die Abstimmung werde in dieser Woche erfolgen. Er hoffe auf Einvernehmen der Koalition, aber »das wird diese Woche passieren«. Am Nachmittag hieß es, Merkel habe den Fraktionszwang für die Abstimmung aufgehoben. Dem Bundestag liegen Gesetzentwürfe der LINKEN, der Grünen und vom Bundesrat vor. Letzterer dürfte Favorit der SPD sein. *Seite 6*

Lesen Sie heute im Ratgeber

Häusliche Pflege: Was sind die Alternativen?

Verbraucherzentrale: Tipps für Energiesparen

Kitas: Nachweis über Impfbereitschaft ist nötig

Gericht: Mitschuld der Niederlande

Berufungsurteil zum Massaker an Muslimen in Srebrenica

Den Haag. Mehr als 20 Jahre nach dem Massaker im bosnischen Srebrenica hat ein Gericht den niederländischen Staat für den Tod von rund 350 Muslimen mitverantwortlich gemacht. Die niederländische UN-Truppe Dutschbat hätte diese Flüchtlinge besser schützen müssen, stellte das Zivilgericht am Dienstag in Den Haag in der Berufung fest. Daher sei der Staat zum Teil haftbar. Damit bestätigte das Gericht das Urteil der ersten Instanz, die 2014 erstmals eine Mitverantwortung des Heimatstaates einer UN-Truppe für Kriegsverbrechen Dritter festgestellt hatte. Allerdings schränkte das Berufungsgericht die Haftung des Staates nun deutlich ein.

Im Bosnien-Krieg hatten serbische Einheiten unter dem Kommando von General Ratko Mladic im Juli 1995 die UN-Schutzzone Srebrenica überrannt. Die niederländischen Blauhelme, die die Zehntausenden Flüchtlinge schützen sollten, hatten die Enklave den Serben kampfflos übergeben. Anschließend hatten die Serben Tausende bosnische Männer und Jungen ermordet. *dpa/nd*

Milliardenstrafe für Google

Brüssel wirft Internetkonzern Wettbewerbsverzerrung vor

Brüssel. Wegen manipulierter Suchergebnisse muss US-Suchmaschinenkonzern Google der EU eine Rekordstrafe von 2,42 Milliarden Euro zahlen. Google habe seine marktbeherrschende Stellung in Deutschland, elf anderen EU-Ländern sowie Norwegen zum Nachteil der Verbraucher und Konkurrenzunternehmen jahrelang missbraucht, erklärte EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager am Dienstag in Brüssel. Die Suchmaschine zeigte den Preisvergleichsdienst Google Shopping jeweils sehr weit oben an, während Vergleichsdienste anderer Firmen gezielt auf hintere Plätze verbannt wurden.

»Google hat anderen Unternehmen die Möglichkeit genommen, im Wettbewerb durch Leistung zu überzeugen. Vor allem aber hat es verhindert, dass die europäischen Verbraucher wirklich zwischen verschiedenen Diensten wählen und die Vorteile der Innovation voll nutzen können«, so Vestager. Zur Begründung verwies die EU-Kommission unter anderem auf 1,7 Milliarden analysierte Suchanfragen. *epd/nd Seite 16*

Linkes Bündnis in Österreich gebildet

Kommunisten und Junge Grüne treten als KPÖ Plus bei Parlamentswahl an

Berlin. Die Jungen Grünen Österreichs haben erklärt, dass sich ihr Verband endgültig von der grünen Partei trennen wird. Stattdessen werden sie im Herbst gemeinsam mit den Kommunisten der KPÖ zu den Parlamentswahlen antreten. Das erklärte die Sprecherin der Jugendorganisation, Flora Petrik, am Montag. Petrik sagte: Es brauche angesichts des gesellschaftlichen Rechtsdrucks eine starke linke Kraft im Land. »Wir wollen diese Kraft sein.« Gespräche mit Spitzenvertretern der Grünen während der vergangenen Wochen hätten gezeigt, dass es kein Interesse mehr an einer Zusammenarbeit gebe.

»KPÖ Plus« ist das neue Projekt getauft worden. Ob alle Mitglieder der Jungen Grünen das unterstützen, ist noch nicht geklärt: Ende Juli soll der Bundeskongress über die Zukunft des Vereins entscheiden. Auch die Frage der Spitzenkandidatur ist noch ungeklärt. Mirko Messner, Bundessprecher der KPÖ kommentierte: Das Bündnis sei »die vielversprechendste linke Kandidatur auf Bundesebene seit langem«. *nd Seite 7*